

BESTREBUNGEN ZU EINEM EINHEITLICHEN MITTELEUROPÄISCHEN STRAFRECHT (1914–1917)*

Univ. Doz. Dr. FERENC SIK:

Das feudale ungarische Strafrecht beruhte bis zum 16. Jahrhundert auf zwei Hauptpfeilern: auf den königlichen Dekreten (Verordnungen) und auf dem viele heidnische Elemente beinhaltenden Gewohnheitsrecht. Anfang des 16. Jahrhunderts faßte Stephan Werböczy das ungarische Gewohnheitsrecht in seinem berühmten „Tripartitum opus“ mit der Zielsetzung zusammen, das geschriebene Gewohnheitsrecht durch die Zustimmung sowohl des ungarischen Reichstags als auch des Königs in den Rang von Gesetzesrecht zu erheben. Dieser Kodifikationsversuch blieb allerdings insoweit erfolglos, als das Tripartitum niemals Gesetz wurde. In der Praxis aber wurde es durchaus gebraucht und als Hauptquelle des ungarischen Strafrechts angewandt.

Das Tripartitum gelang zu immer höherer Bedeutung und konnte auch nicht durch das von dem Habsburger König inspirierten „Quadripartitum“ ersetzt und verdrängt werden. Die ungarische adelige Strafgerichtsbarkeit beruhte 300 Jahre auf dieser spezifisch ungarischen Schöpfung, dem Tripartitum, der „Bibel des Adels“. Der fremde König mußte bei der Krönung immer ausdrücklich versprechen, daß er Ungarn, die Länder der Stephanskronen, nach ihren eigenen Gesetzen regieren und nie den Versuch unternehmen werde, diesen Ländern fremde Gesetze, auch Strafgesetze aufzuoktroyieren. Die Carolina, die Theresiana, die Josephina konnten nicht die Kraft des ungarischen Gewohnheitsrechts, des Tripartitums untergraben, sich nie als Quellen des adeligen ungarischen Strafrechts durchsetzen. Es ist eine andere Frage, wie weit die städtische Gerichtsbarkeit in Ungarn durch fremde Rechtsquellen beeinflußt wurde. Den ungarischen Verhältnissen entsprechend darf die Rolle der Städte im allgemeinen Rechtsleben aber nicht überschätzt werden.

Die Eigenart des feudalen ungarischen Strafrechts wurde so durch das Beharren am Tripartitum erfolgreich bewahrt, der ungarische Reichstag war über 300 Jahre sorgfältiger Hüter der „Bibel“ gewesen. Das Tripartitum diente gleichzeitig zur Ablehnung aller „fremden“ und aller „fort-

* Der Verfasser hat seine Abhandlung während seines Forschungsaufenthaltes in der Bundesrepublik Deutschland als Humboldt – Stipendiat geschrieben.

schrittlichen“ Bestrebungen. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß die damaligen österreichischen strafrechtlichen Institutionen und Rechts-sätze im allgemeinen als fortschrittlich angesehen werden konnten.

Das im Tripartitum konservierte urfeudale Strafrecht widerstand allerdings nicht nur österreichischen Ersatzversuchen, sondern auch ungarischen Kodifikationsentwürfen. Nach langjähriger Arbeit scheiterte der erste bedeutende Kodifikationsversuch im Jahre 1795.

Der dreiteilige Entwurf vom Jahre 1843 wurde nie Gesetz. Er faßte das materielle Strafrecht, das Strafverfahren und das Strafvollzugswesen zusammen und wurde von den europäischen Zeitgenossen als fortschrittlicher, meisterhaft aufgebauter Entwurf angesehen. Obwohl dieser Entwurf nie Gesetzeskraft erlangte, hat er die Praxis weitgehend beeinflußt und wurde auf dem Wege des Gewohnheitsrechts in weitem Umfang angewandt.

Die bürgerliche Revolution vom Jahre 1848 öffnete ein neues Kapitel in der Geschichte des ungarischen Strafrechts. Zu Beratungen über den Entwurf 1843 fehlte es an Zeit, es wurden aber zahlreiche Gesetze mit strafrechtlichem Charakter verabschiedet. Nach dem Scheitern der Revolution sind diese Gesetze außer Kraft gesetzt worden.

Im Laufe der Verhandlungen über den Ausgleich im Jahre 1867 zwischen Österreich und Ungarn tauchte immer wieder die Frage auf, ob bei der Schaffung des neuen ungarischen Strafgesetzbuchs der josephinische Weg, d. h. die Annahme des österreichischen Strafrechts oder der Weg der eigenen Gesetzgebung einzuschlagen sei. Die Rezeptionsversuche wurden von ungarischer Seite streng abgelehnt und 1861 wurde für die Übergangsperiode bis zur königlichen Einberufung eines erneuten Reichstages, der sich dann mit der strafrechtlichen Kodifikation befassen sollte, das Tripartitum — *mutatis mutandis* — für maßgebend erklärt.

Nach dem Ausgleich 1867 wurde als Ergebnis langjähriger Vorbereitungsarbeit die Zeit zur Kodifikation reif, 1878 wurde durch das Gesetz V. das Strafgesetzbuch geschaffen. Das Vorbild bei dieser Kodifikation war einerseits der ungarische Entwurf vom Jahre 1843, andererseits das Gesamtergebnis der damaligen europäischen strafrechtlichen Kodifikation. Die herrschenden Klassen Ungarns haben in der dem Ausgleich folgenden Periode die Selbständigkeit des ungarischen Strafrechts ausdrücklich betont und bewahrt. Dieses Bestreben wurde durch das gleichzeitige Beharren an den feudalen Traditionen und durch die Demonstration der nationalen Unabhängigkeit motiviert.

Die nationale Eigenart des ungarischen Strafrechts wurde jahrhundertlang nicht nur als rechtliches, sondern auch als politisches Problem betrachtet. Im Laufe der politischen Auseinandersetzungen zwischen Österreich und Ungarn spielte die Problematik des Strafrechts verglichen mit dem Verfassungsrecht nur eine sekundäre Rolle, die aber innenpolitisch von großer Bedeutung war. Da von österreichischer Seite keine ernsthaften josephinistischen Bestrebungen in dieser Hinsicht mehr zu spüren waren, kamen für die Zukunft Zweifel an der Selbständigkeit des ungarischen Strafrechts nicht mehr auf. Das Gesetz V. vom Jahre 1878 war

konservativer als sein Vorbild, der Entwurf vom Jahre 1843. Obwohl dieses Strafgesetzbuch mehrfach novelliert und ergänzt wurde, diente es sieben Jahrzehnte als Fundament des ungarischen Strafrechts.

Dieser kurze Überblick soll als Hintergrund zu unseren weiteren Ausführungen dienen. In den Jahren des ersten Weltkriegs, in völlig veränderter Situation, wurden merkwürdige Bestrebungen prominenter Gelehrter zur Schaffung eines einheitlichen Strafrechts, auch das ungarische umfassend, spürbar.

Die Keime dieser Bestrebungen sind in der Strafrechtsreform zu suchen. Soweit die Geschichte der Reform des österreichischen Strafrechts zurückgeht, findet sich in ihr stets das Bestreben zum Anschluß an die Rechtsentwicklung in Deutschland. Auch die Ereignisse von 1866 und 1870/71 haben daran nichts geändert. Das deutsche Recht wurde eindeutig zum Vorbild des österreichischen genommen. Das gleichzeitige Streben in der Schweiz, in Österreich und in Deutschland nach einer Erneuerung des Strafrechts hat dazu geführt, daß die nationalen Schranken fast als bedeutungslos erschienen. Die Strafrechtswissenschaft bemühte sich bewußt um Internationalität; die Auswertung und Benutzung gegenseitiger wissenschaftlicher Ergebnisse gehörte zu den Charakterzügen dieser Reformbewegung.

Das Bestreben, zu Ausgleich und möglicher Einheit auf dem Gebiet des Strafrechts zu kommen, erschien während der Vorkriegsjahre als selbstverständliche wissenschaftliche Methode. Dieses Verfahren hat in den Kriegsjahren einen neuen Inhalt bekommen: die Vereinheitlichung des Strafrechts wurde als erster Schritt zur Schaffung eines europäischen Staatenverbandes angesehen, welcher durch den Zusammenschluß von Deutschland und Österreich – Ungarn entstehen und später fortgebildet werden sollte.

Der geistige Vater eines mitteleuropäischen Staatenverbandes scheint Franz v. Liszt zu sein. 1914 schreibt er über die „beiden Staaten“, Deutschland und Österreich – Ungarn und über zwei Völker, wobei vermutlich nicht das österreichische Volk außer acht blieb. (Ein mitteleuropäischer Staatenverband, Leipzig, 45 S.) Seine Ausführungen spiegeln die Wunschträume der Zentralmächte wider: der Zusammenschluß von Deutschland und Österreich – Ungarn soll als Kristallisationspunkt für die Organisation der übrigen mitteleuropäischen Staaten, der Niederlande, der drei skandinavischen Staaten, der Schweiz, Italien und der Balkanhalbinsel mit Einschluß der europäischen Türkei dienen.

Die Vorschläge von Liszt zur Verwirklichung dieses Programmes in bezug auf die betroffenen Staaten beinhalteten die Umstellung des wissenschaftlichen Lebens auf eine breite, in den Grundzügen übereinstimmende Grundlage, die Vereinheitlichung des Maß- und Gewichtssystems, sowie die der Währung. Als Folge würde rasch ein „mitteleuropäisches Völkerrecht“ entstehen. Über die Auslegung und Anwendung der geschlossenen Verträge sollte ein gemeinsames, ständiges Schiedsgericht entscheiden.

Die Worte Wilhelm II.: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche!“ hat v. Liszt damit ergänzt, daß seiner Meinung nach alle

politischen, nationalen und religiösen Gegensätze wie mit einem Schlage verschwunden wären und das ganze deutsche Volk eine psychische Einheit sei. Den festen Kern des von ihm vorgeschlagenen europäischen Staatenverbandes sollten die beiden Zentralmächte bilden: Deutschland und Österreich – Ungarn.

Der Ruf von Liszt ist ein Konzentrat der irrealen Bestrebungen der Zentralmächte, eine Art Kolonialisationsprogramm. Er ist aber eine Skizzierung, als Vereinheitlichungsmittel wurde das Strafrecht kaum erwähnt. Zwei Jahre später fand der Wiener Professor Graf Gleispach die Zeit reif, das Vereinheitlichungsbestreben auf das Gebiet des Strafrechts auszudehnen. Er schreibt ausdrücklich, daß es gerade das Gebiet der Strafrechtsreform sei, welches besonders geeignet erschiene, den überall zu verspürenden Bestrebungen nach Ausgleich und Vereinheitlichung Ausdruck zu verleihen. Damit ist der Wandel spürbar: Früher beinhalten die in wissenschaftlicher Gemeinschaft deutscher, schweizerischer und österreichischer Gelehrter entwickelten Reformbestrebungen ein spontanes Ringen um das Internationale, um das Überwinden nationaler Schranken. Dabei wurden die Möglichkeiten der Wissenschaft häufig überschätzt, die historischen Traditionen der einzelnen Länder außer acht gelassen. Eines steht aber fest: ursprünglich war die Reform des Strafrechts das eigentliche Ziel gewesen, v. Liszt und Graf Gleispach betrachteten die Strafrechtsreform aber nur als Mittel im Dienste des „höheren Ziels“: des Bestrebens, zur Einheitlichkeit unter den Bundesgenossen nach dem Krieg zu gelangen.

Gleispach betont die Vorteile einer Rechtsgleichheit auf dem Gebiet der Praxis und der Wissenschaft, daneben aber auch die noch erstrebenswerteren idealen Vorteile der Rechtsgemeinschaft. Die Verschiedenheit des Strafrechts verursache vielfach Schwierigkeiten, sobald das Verbrechen und die Bestrafung des Täters nicht auf das Inland beschränkt seien. Es tauchen fast bei jeder einzelnen Auslieferung Schwierigkeiten auf, sie vereiteln oft die Strafverfolgung oder die Verurteilung. (Strafrechtsvereinheitlichung in Deutschland und Österreich – Ungarn, in: Deutsche Strafrechts-Zeitung 1916, Heft 3/4). Die Strafrechtsvereinheitlichung habe in dieser Hinsicht eine wesentliche Vereinfachung der Strafrechtspflege zur Folge. Noch bedeutsamer aber als der praktische erscheint für Gleispach der erhoffte wissenschaftliche Gewinn: da der größte Teil des wissenschaftlichen Schrifttums auf dem geltenden Recht fußt, würde die Rechtsgleichheit bedeuten, daß die ganze geistige Arbeit, die ein Land leistet, unmittelbar auch dem anderen zugute käme. Schließlich erblickt er die ideellen Vorteile der Rechtsgemeinschaft darin, daß das gemeinsame gleiche Recht die Gefühle des Zusammenhalts fördere, ja sogar erzeuge.

Alle Ansichten, die in solchem Streben die Möglichkeit einer Beeinträchtigung der vollen staatlichen Selbständigkeit sehen, seien falsch und unbegründet. Unter der Einwirkung des Krieges finde das gewaltige Aufwärtstreben zur Vereinheitlichung statt: 1916 hatte sich ein Ausschuß für Recht und Rechtspflege der „Reichsdeutschen Waffenbrüder-

lichen Vereinigung“ gebildet und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Krieg das „edle Ziel“ einer Rechtsvereinheitlichung zur Folge haben werde. Gleispach's Meinung nach könnte die Strafrechtsreform der Sturmbock sein, der in die bisher bestehenden Schranken der Rechtsgleichheit die erste große Bresche schlägt, wodurch die treu verbündeten Staaten und Völker ein neues Band umschlänge. — „Auf zur Vereinheitlichung des Strafrechts!“ — schließt er seine Ausführungen. „Deutsch-österreichisch — ungarische Juristen vereinigt Euch!“ — heißt es bei der „Reichs-deutschen Waffenbrüderlichen Vereinigung“.

Liszt's Kampfruf im Jahre 1916 hatte keinen Widerhall gefunden, die Gleispach'schen Ausführungen sind dagegen Ausgangspunkt einer heftigen wissenschaftlichen Diskussion geworden. Zuerst meldete sich auf ungarischer Seite Ruzssem Vámbéry zu Wort. (Zur Vereinheitlichung des Strafrechts, in: Deutsche Strafrechts-Zeitung, 1916, Heft 5/6). Er versichert Gleispach seiner grundsätzlichen Zustimmung, mit der Anmerkung: nicht das „ob“, sondern das „wie“ verursache Schwierigkeiten. Die „faszinierende Zeit“ des Krieges hält auch er für besonders geeignet, diese Arbeit in Angriff zu nehmen. Nach dieser prinzipiellen Übereinstimmung führt er aber eine Reihe von Bedenken auf. Die Werte, welche die Eigenkultur des Rechts birgt, sollen nicht beeinträchtigt werden, die Volksverbundenheit soll nicht durch ein Machtwort ersetzt werden. Er hält nur einzelne Abschnitte des allgemeinen Teils zur vereinheitlichen- den Heranziehung geeignet, vor allem die Begriffsbestimmungen, die mehr Lehrsätze als Rechtsnormen sind. Darunter versteht er die Bestimmungen der Zurechnungsfähigkeit, des Vorsatzes, der Fahrlässigkeit usw.

Die ins Detail gehende Polemisierung hört aber mit einem Schlage auf, als Vámbéry zur Untersuchung der von Gleispach vorgeschlagenen Generaltaktik gelangt. Der österreichische Gelehrte wollte nämlich Ungarn von der Mitwirkung bei der Vorbereitungsarbeit ausschalten, mit der Begründung, daß die strafrechtlichen Vorarbeiten in Ungarn nicht so weit vorgeschritten seien wie in Deutschland und Österreich. Vámbéry, der behauptet, daß das ungarische Strafrecht nicht eine Nach-, sondern eine Fortbildung des deutschen sei, vertrat den Standpunkt, daß die Mitarbeit an einem Recht, das zum Teil auch ungarisches Recht werden solle, eine unerläßliche Vorbedingung sei. Er deutet nicht darauf hin, vielleicht merkte er es gar nicht, wie genau er die „gravamina“, die Beschwerden der feudalen ungarischen Reichstage, wiederholt hat: die Gewalt des deutsch-österreichischen Strafrechtsblocks, der ohne unser Zutun zustande käme, würde in der Wirklichkeit erdrückend wirken. Seine folgenden Worte ähneln gespenstisch der kroatischen Zukunftserwartung der Ausgleichsperiode: „Nicht die Anziehungskraft der großen Masse soll bei der Rechtsausgleichung zur Geltung gelangen, sondern die Weihe der Dreieinigkeit...“. 1868 stand Ungarn allerdings als Zweiter an der Seite Österreichs und es wurde für die Kroaten in dem Dualismus kein dritter Platz eingerichtet.

Das nächste Doppelheft der Deutschen Strafrechts-Zeitung beinhaltet die Stellungnahme von Wilhelm Kahl. Auf Wunsch der Redaktion hat er seine Meinung als deutsche Antwort auf Gleispachs und Vámbéry's Ausführungen gegeben.

Die „Hochstimmung“ der Kriegszeit reicht Kahl's Meinung nach nicht aus, um ein so nüchternes und seriöses Rechtswerk, wie es die Vereinheitlichung des Strafrechts sein würde, zu Ende zu bringen. Er weicht im Grunde von den Erwartungen seiner Kollegen ab. Von der Erreichbarkeit des Zieles, der Vereinheitlichung des Strafrechts, ist Wilhelm Kahl nicht überzeugt. Seine Zweifel sind aber nicht nur auf den Bereich des „Wie“ beschränkt, Kahl erhebt bemerkenswerte Bedenken gegen die Vermutung des erwarteten politischen Gewinnes der Vereinheitlichung. Viele Erfahrungen und Beispiele aus der Geschichte warnten ihn vor dem Irrglauben, daß gemeinsame Kulturbestrebungen und Rechtsverwandtschaft Hüter und Sicherungsmittel der Gemeinschaft und Freundschaft unter den Staaten sein könnten. Die Rechtseinheit vermag das Aufblühen des Partikularismus nicht zu verhindern.

Gleispach's und Vámbéry's Hochstimmung gegenüber verfolgt Kahl einen erfahrungsreichen und realistischen Gedankengang. Das Wohlverhalten der Staaten gegeneinander reguliert sich jeweils ausschließlich nach der Stärke der Einheit und Verschiedenheit ihrer Interessen. Das sollte aber nicht bedeuten, daß die Rechtseinheit keine Vorteile mit sich brächte. Nach seiner Überzeugung werden die Bestrebungen nach der Vereinheitlichung im wesentlichen aber nicht über das Wirtschafts- und Verkehrswesen hinausschreiten können. Das Strafrecht sei dazu nicht geeignet. Es ist mehr als ein anderer Teil des Rechts an die geschichtliche Eigenart eines Volkes, an seine Rechtssymbolik, an ethische und religiöse Vorstellungen, an soziale Verhältnisse, an eigentümliche Entwicklungsbedingungen und Erscheinungsformen des Verbrechertums gebunden. Wir würden gerne noch hinzufügen, daß das Strafrecht eines Volkes die geschichtlich bestimmten konkreten Verhältnisse gesellschaftlicher Gruppen, die im Laufe der Zeit entwickelten Methoden der oberen Gruppen gegenüber anderen Gruppierungen, widerspiegelt. Bei allen Staaten besteht das Bedürfnis nach individuellem Strafrecht.

Die deutschen Entwürfe waren mit dem ernststen Willen umfassender Verwertung des dargebotenen internationalen Strafrechtsstoffes ausgearbeitet. Die Refom hat die „Vergleichende Darstellung des deutschen und ausländischen Strafrechts“ eingeleitet, in 16 Bänden lagen die Strafgesetze und Entwürfe aller Staaten vor. Im Vorwort wurde als Aufgabe für den Gesetzgeber gestellt, daß er „einen Standpunkt zu gewinnen suchen muß, der nicht nur das eigene Recht vollkommen übersehen, sondern über dessen Schranken hinaus alle Zusammenhänge erkennen und das heimische Recht als ein individuell gestaltetes Gebilde der allgemeinen Rechtsentwicklung aller Kulturvölker erfassen läßt.“ Der Ertrag war aber in den beiden amtlichen Entwürfen und in dem privaten Gegenentwurf in dieser Hinsicht gering: die Übernahme und Verwendungsfähigkeit von fremden Recht war minimal. Diese Rechtsvergleichung

hat bewiesen, daß strafrechtliche Grundanschauungen und Einzelsätze international gemeinsam sein können, bei ihrer gesetzlichen Ausprägung aber das nationale Bedürfnis allein den Ausschlag gibt. Das allgemeine Bedürfnis der Bestrafung und Bekämpfung des Verbrechertums reicht nicht aus. Es kommt eben darauf an, was für strafbar gehalten wird, und mit welchen Mitteln das Strafbare bekämpft werden soll; hier entscheidet der nationale Einschlag, das individuelle Bedürfnis.

Schließlich weisen Kahl's Ausführungen auf die Hypothese hin, was in dem unerwarteten Fall passierte, wenn die von den Kollegen erhoffte Strafrechtseinheit in Zukunft doch erreicht würde. Die Strafrechtsnormen altern schneller als die des Privatrechts. Zwecks ausgleichender Korrektur müsse die Gesetzgebung eingreifen. Wenn jeder Staat wieder seine eigenen Wege ginge, wäre die Mühe umsonst. Wenn die einzelnen Staaten sich zu gemeinsamen Aktionen einigten, entstehen notwendig Abhängigkeitsverhältnisse, die wiederum der Sache nicht dienlich sind.

Man hätte meinen können, daß nach Kahl's gedankenreichen, über geschichtliche und politische Erfahrungen zeugende Ausführungen die Totenglocke für die mitteleuropäische Strafrechtsgemeinschaft geläutet würde. Im Jahre 1917 publizierte aber die Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft weitere Polemik über dasselbe Thema, nachdem die ständige Deputation des Deutschen Juristentages am 8. April 1917 beschloß, die Vereinheitlichung für das gesamte Handels-, Wechsel- und Scheckrecht, das Schiffsverkehrs-, Versicherungs- und Konkursrecht in Angriff zu nehmen. Bei dem Besuch der deutschen und österreichischen Juristen in Budapest vom 10. bis 12. Juni 1917 wurde dazu die freudige Mitarbeit der ungarischen Juristen zugesichert.

Bei der Forderung einer Vereinheitlichung des Strafrechts ging v. Liszt von der Kulturgemeinschaft der Kriegsverbündeten aus. Diese Kulturgemeinschaft wäre eine gegebene Tatsache, die den „geschlossenen mitteleuropäischen Kulturkreis“ dem ostslavischen, dem romanischen und dem anglo-amerikanischen gegenüberstellte. „Wir denken zugleich an diese Kulturgemeinschaft aber auch als an ein die verbündeten Völker immer fest umschließendes Band, das für alle Zukunft die Festigung und Vertiefung des politischen Bündnisses gewährleistet.“ Erst jetzt schreibt er die Schlüsselwörter, die die gesamte Vereinheitlichungswelle charakterisieren: es handelt sich um den *Ausbau des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses zu einer engeren Lebensgemeinschaft* auf politischem, militärischem und wirtschaftlichem Gebiete. Die gemeinsame Kultur versteht er als Ziel der Entwicklung, welche zuerst als gegenseitige Teilnahme an den verschiedenen Kulturen der verbündeten Völker erscheint.

Bei diesem Ausgangspunkt muß also die Rechtsvergleichung auf einem ungleichen Boden, d. h. auf einer Ebene der mehr oder weniger verschiedenen Kulturen durchgeführt werden, die Vorbehalte von Kahl und Vámbéry sind v. Liszt's Ansicht nach vermeidlich. „Das Recht eines Volkes ist nicht nur Erzeugnis seiner Kultur, das getreue Abbild seines jeweiligen Geisteslebens, es ist zugleich auch einer der einfluß-

reichsten Faktoren für die Gestaltung des Geisteslebens, für die Weiterbildung der Kultur. Die Normen des Rechts sind nicht nur der Ausdruck der im Volke lebenden Werturteile, sondern zugleich auch Forderungen, die an das Denken und Empfinden, an das Willen und Handeln des Volkes gestellt werden. Sie wollen das Leben nicht nur werten, sondern auch normieren...“.

Man muß diesem rhetorischen Wortschwall die Zweifel entgegenbringen, die bereits in den Ausführungen von Kahl zum Ausdruck kommen: *welcher* Gesetzgeber soll das Geistesleben der einzelnen Völker ausgestalten, *wo* sollte der Reichstag tagen, der die erwähnten Forderungen an das Wollen und Handeln der Völker stellen werde? Man hat keinen Grund anzunehmen, daß v. Liszt das damals neu fertiggestellte Budapest-Parlamentsgebäude im Auge hatte... .

Einen separaten Abschnitt widmet v. Liszt den allgemeinen Bedenken Kahl's. Die Gemeinsamkeit der kulturellen Anschauungen über das, was „richtig“ ist, binde die Völker nicht weniger stark als die Gemeinsamkeit ihrer materiellen Interessen. Diese unrichtige These versucht v. Liszt gar nicht zu beweisen. Danach wendet er sich gegen die Kahl'schen Bedenken bezüglich der entscheidenden Rolle der geschichtlichen Entwicklung in der Ausgestaltung des Strafrechts der einzelnen Völker. Im Jahre 1870 ist die Verschiedenheit in der kulturellen Entwicklung, etwa in Baden einerseits und Mecklenburg andererseits, nicht größer gewesen, als 1917 die Verschiedenheit zwischen der reichsdeutschen und der deutsch-österreichischen Kultur — und doch ist damals das Reichsstrafgesetzbuch ohne jede größere Schwierigkeit angenommen und durchgeführt worden. Innerhalb der Schweizerischen Eidgenossenschaft gehen die Kulturkreise der deutschen, der französischen und der italienischen Gebiete mindestens ebensoweit auseinander wie die Kulturentwicklung und Kulturstufen der drei Mittelmächte. Die nationale Eigenart des Strafrechts ist also kein Hindernis für die an sich wünschenswerte Vereinheitlichung der Strafgesetzgebung (!) in den drei Staaten.

Die aufgeführten Beispiele deuten doch alle auf Bundesstaaten hin. Sollte es nur dahin führen, daß die Strafrechtsvereinheitlichung, wie sie früher hieß, *die Umfunktionierung der beteiligten Staaten zu einem deutschsprachigen Gesamtstaat zur Folge hätte?* An dieser Stelle soll die Frage unbeantwortet bleiben.

Obwohl es nur von zweitrangiger Bedeutung ist, soll hier erwähnt werden, daß v. Liszt gegenüber Gleispach die ganz entschiedene Ansicht vertreten hat, daß von Anfang an die Vorarbeiten von Vertretern der drei beteiligten Staaten gemeinsam in Angriff genommen werden müssen, da es nicht angehe, Ungarn den Beitritt zu Beschlüssen offen zu halten, die von Deutschland und Österreich bindend gefaßt worden sind, ohne daß Ungarn Gelegenheit zur Mitarbeit hatte.

Als Nächster äußerte in derselben Zeitschrift Professor Goldschmidt seine Meinung. Er überschätzt die Bedeutung der Rechtsvereinheitlichung für die Vereinheitlichung des Kulturellen und des Politischen nicht. Das Allgemeine Deutsche Handelsgesetzbuch und die Allgemeine Deutsche

Wechselordnung haben den Krieg von 1866 so wenig hindern können, wie die seither stattgehabte unterschiedliche Entwicklung des Handelsrechts die Verbündung von 1914. Unter der Voraussetzung, daß das Bestreben zur Vereinheitlichung sich ausschließlich auf das Recht beschränke, sei der Ansicht von Kahl zuzustimmen, daß der kulturelle und politische Erfolg die Mühen nicht lohne. Statt dessen sollte das Werk der Rechtsvereinheitlichung *nur die eine Seite* des wirtschaftlichen und politischen Zusammenschlusses überhaupt sein. Die dauernde Lebensgemeinschaft, auf die sich Deutschland und Österreich-Ungarn einrichten müßten, würde nicht nur eine Gemeinschaft der Form, sondern auch des Inhalts, nicht nur eine des Rechts, sondern auch der Volkswirtschaft sein, und würde sich auch auf das Zoll- und Militärwesen erstrecken.

Goldschmidt's Ausführungen lassen darauf schließen, daß die ursprünglich österreichischen Gedanken, die weitere, nähere Verbundenheit der Zentralmächte nach dem Abschluß des Krieges betreffend, auch einigen Kreisen der deutschen Gesellschaft nicht fremd waren. Die genaue Untersuchung dieser politischen Konzeption gehört jedoch nicht auf das Gebiet der Rechtsgeschichte und kann daher nicht als unsere Aufgabe angesehen werden.

Die Einrichtung einer „dauernden Lebensgemeinschaft“ stößt sich aber an einem bedeutenden Hindernis, wenn es sich um die Vereinheitlichung des Strafrechts handelt, nämlich an dem Fehlen eines für die gemeinsame Strafgesetzgebung zuständigen Organes. Da das Strafrecht einen starken politischen Einschlag hat, hält es Goldschmidt für ausgeschlossen, für eine verfassungsmäßige Unmöglichkeit, daß sich die einzelnen Staaten en bloc zu einer Annahme eines gemeinsamen Strafrechts bereit finden würden. Aber auch dafür gäbe es ein Beispiel.

1912 war der von den Regierungen Österreichs und Ungarns vereinbarte Entwurf einer gemeinsamen Militärstrafprozeßordnung von den Parlamenten beider Reichshälften unverändert angenommen worden. Goldschmidt schreibt nichts näheres darüber, auf welche Art und Weise dies geschah. In dem ungarischen Parlament wurde 1912 auch der frühere Anschein des Parlamentarismus verhöhnt, es fielen Schüsse im Gebäude und bewaffnetes Personal sorgte dafür, daß für die Regierung unerwünschte Redner sich schnell außerhalb der Verhandlungsräume wieder fanden. In einer solchen Situation war auch das Unmögliche „verfassungsmäßig“.

Goldschmidt schlägt vor, diesen Weg der en-bloc-Annahme nicht zu beschreiten. Statt dessen sollte es zuerst zu einem wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß auf dem Gebiete des Zoll- oder Militärwesens kommen. Dann „läge der Gedanke an ein „Zollparlament“ oder an „Delegationen“ *nicht mehr so fern*, und es wäre auch Aussicht auf ein *für eine gemeinsame Strafgesetzgebung zuständiges Organ* eröffnet, die Grundbedingung einer Strafrechtsvereinheitlichung in greifbare Nähe gerückt...“. Dies bedeutete mit anderen Worten nichts anderes, daß die geplante Entwicklung mit dem Verlust der staatlichen Selbständigkeit der ehemaligen Verbündeten Hand in Hand ginge.

Für Professor Mittermaier schien ein einheitliches mitteleuropäisches Strafrecht durchaus wünschenswert. (Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft, Band 38, 1917). Er sieht in der Vereinheitlichung des Strafrechts die Schaffung eines neuen Kulturfaktors, durch den die deutsche Kulturauffassung stärker als bisher zur Geltung kommen könne.

Die Grundgedanken der deutschen, österreichischen und ungarischen Rechtssysteme seien aus einer Wurzel entsprossen. In der Theorie hielt er die Einbeziehung der Schweiz in ein vereinheitlichtes Strafrecht für durchaus wünschenswert und möglich, betonte aber, daß dies in der Praxis aus politischen Gründen äußerst problematisch sein würde.

Mittermaier wertet die geplante Vereinheitlichung des Strafrechts eindeutig als politisches Mittel. Das zukünftige Mitteleuropa werde durch ein einheitliches Strafrecht andere Gesetzgebungen stark beeinflussen und durch diese Gedankenbeeinflussung erhöhe sich wieder die Möglichkeit des politischen Einflusses. Ein eindeutiges, klares Programm.

August Finger (Halle) setzte sich mit den Ausführungen von Liszt und Mittermaier auseinander. (Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft, ebenda). Der Gedanke, durch ein übereinstimmendes Strafrecht eine einheitliche Kultur herbeizuführen, erinnert ihn an die Bestrebungen der Vereinheitlichung der Sprachen durch Einführung des Volapük oder des Esperanto. Gleichzeitig wies er darauf hin, daß dem Bestreben, eine weitergehende Annäherung von Deutschland, Österreich und Ungarn herbeizuführen, große Gefahren drohen. Eine Reihe von Gedanken, die sonst Zustimmung fänden, würden nämlich in vielen Schichten auf stärksten Widerspruch stoßen, wenn sie als „Importware“ erkennbar seien. Ein übereinstimmendes Strafgesetz könne den *Endpunkt* einer Entwicklungsphase bilden, an den Anfang gesetzt würde es das Gegenteil des Gewollten erreichen: es würde entzweien statt zu einen.

August Finger enthüllt den Widerspruch, welcher zwischen den eigentlichen Zielsetzungen und den aktuellen machtpolitischen Bestrebungen der modernen Schule besteht. Die mannigfachen Reformvorschläge, die gerade v. Liszt zielbewußt vertreten hat, laufen darauf hinaus, die Strafrechtspflege von den Fesseln einer allgemein gehaltenen Vorschrift zu befreien, um die Berücksichtigung des Einzelfalles besser zu ermöglichen. Dem Wesen der Strafrechtsreform stehen die ebenfalls von v. Liszt vertretenen Vereinheitlichungsvorschläge diametral entgegen, denn die Einführung einheitlichen Rechts für mehrere Staaten wird stets weitgehende Verallgemeinerungen mit sich bringen. Dementsprechend war es kein Zufall, sondern das Ergebnis folgerichtigen Denkens, daß die Anhänger der Lombroso'schen Richtung in Italien Gegner einer Vereinheitlichung des Strafrechts waren. Sie sahen in einer Vereinheitlichung des Rechts eine Erschwerung der Verwirklichung individueller Behandlung jedes Täters.

1918 berichtet die Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft, daß in der Zwischenzeit in Ungarn die Meinungen über die Vereinheitlichung des Strafrechts weitgehend auseinandergegangen waren.

Professor Doleschall (Budapest) wendete sich energisch gegen die von Liszt propagierte Idee eines gemeinsamen Strafgesetzbuches für Ungarn, Österreich und Deutschland, da hinter der Vereinheitlichung des Strafrechts eine politische Annäherungstendenz fühlbar werde, die den staatlichen Individualitätsrechten Ungarns keine Rücksicht trage. Österreich—Ungarn wurde mehrfach als ein Gesamtreich bezeichnet, obwohl das Kaisertum Österreich und das Königreich Ungarn paritätisch nebeneinander lebende, rechtlich gleichgestellte Staaten waren.

Eine Kulturgemeinschaft, wie sie als Begründung der Rechtsvereinheitlichung vielfach hervorgehoben wurde, bestehe zwischen Deutschland, Österreich und Ungarn nicht in dem bezeichneten Maße. An die Stelle des Schlagwortes einer strafrechtlichen Vereinheitlichung könnte der Gedanke einer strafrechtlichen Rechtsannäherung treten.

Die schärfste Kritik an den Vereinheitlichungsbestrebungen wurde von der Geschichte selbst geübt.

EFFORTS POUR UN DROIT PÉNAL UNITAIRE EN EUROPE CENTRALE (1914—19 7)

Dozent FERENC SIK:

Franz v. Liszt proposa en 1914 l'organisation d'une union des Etats de l'Europe centrale. En 1916, le professeur *Gleispach* fut l'animateur des initiatives de compromis et d'unification du droit pénal chez les alliés allemands, autrichiens et hongrois. A son avis, les barrières entre les législations nationales semblaient presque tombées par suite des efforts concomitants tendant au renouvellement du droit pénal en Suisse, en Autriche et en Allemagne. Le remaniement du projet hongrois de 1874 rendait apparente, en Hongrie également, la tendance à se conformer à l'évolution de l'Autriche et de l'Allemagne.

Du côté hongrois, *Vámbery* était d'accord en principe avec *Gleispach*, mais avec une prudente réserve. *Wilhelm Kahl* faisait remarquer que l'accord du temps de guerre ne suffisait pas pour mener à bonne fin une oeuvre de réforme aussi difficile.

Il fallut un certain temps pour qu'après la critique de fond faite par *Kahl*, les partisans de l'unification du droit pénal fussent prêts à renouveler leurs propositions. En 1917 *Franz v. Liszt* reprit la parole. Pour unifier le droit pénal de l'Europe centrale il fallait partir de la communauté de culture des peuples alliés. Ensuite il demandait lui aussi la création d'une législation pénale unitaire pour les puissances centrales et considérait l'unification du droit comme étant surtout un aspect de la communauté économique et politique.

J. Goldschmidt tenait, du point de vue du droit constitutionnel, pour impossible de parvenir à une unification du droit pénal, parce que les corps législatifs de chaque Etat se trouveraient pour cela placés devant la nécessité d'une réception en bloc d'un code pénal. Sa proposition était donc: rapprochement, au lieu d'unification, du droit pénal, y compris la loi pénale bulgare de 1896.

Mittermaier pensait que les idées fondamentales des trois systèmes juridiques étaient déjà profondément allemandes et que l'uniformisation pourrait aider à s'opposer plus fermement aux «conception étrangères».

Alfred Doleschall (Budapest) et *August Finger* (Halle sur Saale) étaient entièrement opposés à l'idée d'un code pénal commun pour la Hongrie, l'Autriche et l'Allemagne: des tentatives d'uniformisation pourraient facilement porter atteinte à la souveraineté et à l'indépendance des Etats sur les points les plus sensibles.

C'est l'histoire elle-même qui devait fournir la critique la plus aiguë des efforts d'unification.

СТРЕМЛЕНИЯ К СОЗДАНИЮ ЕДИНОГО СРЕДНЕ-ЕВРОПЕЙСКОГО УГОЛОВНОГО ПРАВА (1914–1917)

Д-р. ФЕРЕНЦ ШИК

доцент

(Резюме)

В 1914 г. *Франц фон Лист* внес предложение к созданию средне-европейской конфедерации. А в 1916 г. проф. *Глейшпах* поощрял немецких, австрийских и венгерских союзников к устранению различий в области реформ по уголовному праву и к его унификации. По его мнению, в связи с стремлением к обновлению уголовного права одновременно в Швейцарии, Австрии и Венгрии, ограничение национального законодательства почти прекратилось. Переработка венгерского предложения 1874 года показывает на то, что и в Венгрии хотели достичь австрийского или немецкого развития.

С венгерской стороны *Вамбери* принципиально был согласен с изложением Глейшпах, но с некоторой оговоркой. Вилгелм *Кал* трезво указал на то, что воодушевление военных времен не будет достаточно, чтобы окончить трудную работу реформ.

После компетентной критики *Кала* нужно было определенное время, чтобы сторонники унификации уголовного права были готовы опять представить свои предложения. Франц фон Лист высказался опять в 1917 г. По его мнению, для единого средне-европейского уголовного права надо исходить из культурного сообщества народов союзных стран. Далее торопил создание единого уголовного законодательства для центральных держав, в унификации права он видел только одну сторону экономического и политического соединения.

С точки зрения государственного права. *И. Голдшмидт* считал невозможным осуществление унификации уголовного права потому, что в этом случае законодательные органы отдельных стран были бы вынуждены принять уголовный кодекс в целом. Поэтому он предложил вместо унификации только сближение в области уголовного права, имея в виду и болгарский уголовный кодекс 1896 года.

Миттермайер считал, что основные принципы трех правовых систем и так являются немецкими и вследствие унификации можно было легче выступать против „чужих взглядов”.

Альфред Делешал (Будапешт) и *Аугуст Фингер* (Халле над Сале) по существу выступили против общего уголовного кодекса Венгрии, Австрии и Германии, потому что попытки соглашения могли бы задеть чувствительную струнку суверенитетных прав и независимости государств.

Стремления к унификации были подвергнуты самой резкой критике историей.